



Darfur –

ungewisse Zukunft für die Menschen im Westen des Sudan

Trotz AMIS und UNAMID, trotz Haftbefehl des ISGH gegen Bashir, trotz medialer Aufmerksamkeit und trotz der Arbeit unzähliger Nichtregierungsorganisationen mit dem Ziel, Menschenleben zu schützen, hat es das Regime in Khartum bis heute geschafft, eigensinnig seine Politik der Marginalisierung, Unterdrückung und der verbrannten Erde zu verfolgen – ungestraft.

Offensichtlich versäumt es die Regierung willentlich, die Bevölkerung in Darfur vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Nach dem neuen Paradigma der *Responsibility to Protect*¹ verwirkt sie dadurch ihre Souveränität, und die Pflicht, die Menschen in Darfur zu schützen, geht auf die internationale Gemeinschaft über – humanitäre Intervention wird zu Pflicht.

Mit UNAMID und Haftbefehlen des ISGH haben sich die internationalen Regelwerke in Bewegung gesetzt. Um den Menschen Darfurs zu helfen, muss der Handlungsdruck auf die Internationale Gemeinschaft weiter erhöht werden. Die internationale Öffentlichkeit darf das Leiden der Menschen nicht vergessen.

Auch im August 2009 suchten Vertreter der Internationalen Gemeinschaft wieder einmal nach einer Lösung se Konflikts.

Der Afrika-Sonderbeauftragte der chinesischen Regierung Liu Guijin z. B. hat die internationale Gemeinschaft zur Vermittlung in der Darfur-Frage aufgerufen. Vor allem müsse der Druck auf die Opposition in der Darfur-Region verstärkt werden.

Dass die Probleme nur politisch zu lösen seien, ist auch die Meinung des US-Sondergesandten für den Sudan Scott Gration. Es müssen neben Khartoum auch die Rebellen aktiv in die Friedensgespräche einbezogen werden, um eine Lösung des Darfur-Konfliktes zu erzielen. Sanktionen und Embargo würden nicht helfen, die Darfur-Frage zu lösen.

Ende August 2009: der Kommandeur der Friedenstruppen von UN und Afrikanischer Union in der sudanesischen Krisenregion Darfur (UNAMID), General Martin Luther Agwai, hält den eigentlichen Krieg in Darfur für beendet. Das größte Problem sei allerdings die Aufsplitterung der Konfliktparteien in sich gegenseitig bekämpfende Gruppen. Auch die Sicherheit in der gesamten Region ist dadurch gefährdet, weiter zunehmende Übergriffe, auch auf Angehörige der Hilfswerke. Er beklagte gleichzeitig, dass auch zwei Jahre nach Schaffung der UN-Friedensmission immer noch nicht die erforderlich Hubschrauber zur Verfügung stehen.



In den Monaten September und Oktober vermehrten sich auch Meldungen, dass Stützpunkte der UNAMIS angegriffen werden und dass auch Angehörige der Friedenstruppe beschossen, entführt oder verwundet wurden.

Seit Monaten gibt es Berichte von Stammeskämpfen im Südsudan, nun scheinen diese ethnischen Konflikte auch auf Darfur übergegriffen zu haben. Nach Angaben von UNAMID sind 10 Angehörige der Birgit bei Kämpfen mit Zaghawa getötet worden.

Ein Afrikanischer Friedensplan für Darfur

Afrikas Staatsführer wollen verhindern, dass Sudans Präsident Omar al-Bashir wegen Kriegsverbrechen in Darfur vor den Internationalen Gerichtshof nach Den Haag muss. Daher hat nun Südafrikas Ex-Präsident Thabo Mbeki, der als afrikanischer Darfur-Vermittler eingesetzt wurde, einen neuen Vorschlag vorgelegt. Danach soll ein afrikanischer Sondergerichtshof gebildet werden, der aus sudanesischen und internationalen Richtern bestehen soll. Dessen Aufgabe besteht dann in der Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur, sowie der Bestrafung der Schuldigen. Außerdem soll nach südafrikanischem Vorbild eine Wahrheits- und Versöhnungskommission geschaffen werden, in der Täter und Opfer zu Wort kommen und anschließend Reparationen vereinbart werden.

Internationale Organisationen verfolgen diese Entwicklung skeptisch. Die AU wolle nur verhindern, dass der aus ihren Augen nicht gerechtfertigte Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Al-Bashir - der erste des Haager Gerichts gegen einen amtierenden Staatschef - vollstreckt wird, befürchten sie. Doch könnte eine "afrikanische Lösung" auch dazu beitragen, endlich das Morden zu beenden und zahlreiche Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen.

Viele reden über Darfur, aber nur Wenige handeln

Ende Dezember 2009 schreibt die AU in einem Bericht: Wenn nicht bald eine Lösung für den Konflikt in der westsudanesischen Bürgerkriegsregion Darfur gefunden wird, droht das Land nach Ansicht der Afrikanischen Union (AU) im Jahr 2011 in zwei Teile zu zerfallen. Ein umfassendes politisches Abkommen müsse dafür sorgen, dass in Darfur Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung einkehrten, sagten AU-Vertreter am Montag vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York. Der blutige Konflikt in Darfur beeinträchtigt das ganze Land, seine Beilegung werde daher auch einen demokratischen Wandel im ganzen Sudan einleiten, hieß es.

Im Februar 2010 ist es auch einmal wieder soweit mit Gesprächen zwischen Sudan und Tschad, Von wem die Initiative ausgeht, darüber kann man spekulieren, aber anzunehmen ist, dass es Bashir gewesen ist, braucht er doch wegen der anstehenden Wahlen, die er unbedingt gewinnen will, Ruhe an der Heimatfront.

Als Folge hat sich nach sieben Jahren Krieg eine der wichtigsten Rebellengruppen in Darfur, die "Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit" (JEM), mit dem Regime in Khartum auf ein Waffenstillstandsabkommen geeinigt. Mit dem Abkommen zwischen Tschad und Sudan ist ihr nämlich die wichtigste Nachschubbasis für Waffen verloren gegangen.

Allerdings hat der Führer der zweiten großen Rebellengruppe, SLA, die Übereinkunft umgehend scharf kritisiert. „Das ist ein Frieden zwischen Politikern“, sagte Abdelwahid Nour, „ein Kampf um Posten und Pfründe, bei dem die entscheidende Frage keine Rolle spielt: die nach der Sicherheit der Bevölkerung“

Wenige Tage nach Unterzeichnung wurde berichtet: heftige Kämpfe zwischen Aufständischen und Regierungstruppen bedrohen den erst wenige Tage alten Waffenstillstand mit der größten Rebellengruppe in Darfur. Mitglieder der Sudanesischen Befreiungsarmee (SLA)

lieferten sich in ihrer Hochburg Jebel Marrah Kämpfe mit Regierungssoldaten, sagte UN-Vertreter Samuel Hendricks am Freitag. Beobachtern zufolge kann das Waffenstillstandsabkommen nicht halten, solange es nicht von allen Rebellenorganisationen in der sudanesischen Krisenprovinz unterzeichnet ist.

Bashir hat sich mit diesem Schachzug erst einmal bis zu den Wahlen Luft verschafft, und für die JEM ist es ein Erfolg, die hat sich damit eine Beteiligung an der Regierung verschafft, vorerst jedenfalls.

Die Regierung war schon immer schnell mit dem Abschließen von Verträgen, hat sich aber dann um die Umsetzung wenig gekümmert.

Die nächste Runde von Gewalt ist somit vorprogrammiert.

Sie möchten auch weiterhin über die Entwicklung in Darfur informiert werden?

Dann bestellen Sie unseren Newsletter oder besuchen Sie unter

www.amnesty-sudan.de die Seite Menschenrechte → Darfur.

Alfred Buss

Amnesty International

Sudan Koordinationsgruppe